

1945 erlaubt, wie etwa in dem Kapitel über die Länder. Außer über die Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur der Länder im Jahre 1945 informiert das Handbuch über die Organisation der Landesregierungen und die von ihnen eingeleiteten Maßnahmen in Bereichen wie Personalpolitik, Entnazifizierung, Bodenreform und Enteignung.

Wie aus eigenständigen Parteien mit gestandenen Führungspersönlichkeiten in nur wenigen Jahren »Blockflöten« wurden, ist selbst noch in der heutigen Tagespolitik eine der vielleicht heikelsten Fragen zur Vor- und Frühgeschichte der DDR. Die Mischung aus politikwissenschaftlich-analytischer und historisch-genetischer Betrachtungsweise der Autoren fördert ein solch differenziert und behutsam, aber nicht unkritisch geschildertes Bild der Parteienentwicklung 1945–49 zutage, daß man die Lektüre dieser Passagen den heftig gegeneinander polemisierenden Wahlkämpfern nach der DDR-Wende 1989/90 nur wärmstens hätte empfehlen können. Dabei hatten CDU, LDP und SPD in der SBZ eines gemeinsam: Von ihren jeweiligen Parteifreunden aus den Westzonen bekamen die drei Parteien kaum Unterstützung in ihrer bedrängten Situation. Statt dessen ernteten sie nur Mißtrauen und Kritik von Adenauer und Heuss, in besonderem Maße von Schumacher. Auch diese Seite des Wandels der Ost-Parteien nicht übersehen zu haben, ist eines der Verdienste der Autoren, die die Tendenz zur Anpassung innerhalb der Parteien sehr genau analysieren und den Funktionswandel der Parteien ohne Arroganz und Besserwisserei beschreiben. So gerät etwa die differenzierte Aufarbeitung der Vereinigung von SPD und KPD zu einer idealen Verbindung geschichtswissenschaftlicher und politologischer Vorgehensweise, die durch die Erklärung der historischen Hintergründe und der vielschichtigen Handlungsmotive der beteiligten Akteure der tatsächlichen Problemlage wesentlich eher gerecht wird als eine simplifizierende Zwangsvereinigungsversion.

Daß das Handbuch im Anschluß an die meisten Kapitel eine Rubrik »Quellen und Literatur« bzw. »Forschungsstand« bietet, empfindet jeder, der sich vertiefend mit einem Aspekt der SBZ-Geschichte beschäftigen möchte, als eine wertvolle Serviceleistung. Darüber hinaus liefert das Handbuch noch eine Besonderheit. Mit einer Reihe von rund 3500 alphabetisch geordneten Namen mit Kurzbiographien wird der Versuch unternommen, die Stellenbesetzung der oberen Rangstufen von Institutionen und Organisationen der SBZ zu beleuchten. Auch wenn die Stelleninhaber nur über ihren Namen, nicht aber über die Institution zu erschließen sind, so geben doch die Kurzbiographien Aufschluß über gleichartige Aufstiegsmuster und Karrierebrüche oder auch die Häufung von Hitler-Gegnern bei SBZ-Funktionären.

Allerdings wird nicht zuletzt an diesem Punkt deutlich, daß das Datum Spätherbst 1989 für den Abschluß der Arbeiten am SBZ-Handbuch natürlich *einen* großen Nachteil hat. Wieviel mehr Material hätte ein Jahr später zur Verfügung gestanden! Vielleicht wird an einigen Stellen des Buches die eine oder andere Anmerkung nötig sein, die sich aus dem nun langsam bekannt werdenden Quellenmaterial ergibt. Das SBZ-Handbuch wird als Aufarbeitung der für die DDR konstitutiven historischen Phase aber auch dann seinen Wert als grundlegendes Werk auf dem Gebiet der SBZ- und der DDR-Forschung behalten.

*Kai Gniffke, Frankfurt/Main*

Magdalena Heider/Kerstin Töns (Hrsg.), SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbundprotokolle, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1990, 176 S., pb., 16,80 DM.

Offenlegungen der Herrschafts- und Unterdrückungspraktiken im Weltanschauungsstaat der SED, seiner Repräsentanten und der vielen sich in seinem Dienste drehenden »Rädchen« erfahren eine berechtigte Aufnahmebereitschaft. Das Licht breiten Interesses fällt

schwächer auf Publikationen, die sich mehr im zeitgeschichtlichen Sinne scheinbar abgeschlossenen (Rand-)Themen zugewandt haben. Zu ihnen zählen Arbeiten, die Facetten des wechselvollen Verhältnisses Intellektueller zu (ideologisch begründeter) Macht darstellen bzw. analysieren.

Gemäß dem Prinzip aller »bündnis«orientierten Massenorganisationen der DDR sollte auch im »Kulturbund« primär die Kongruenz der jeweiligen Gesellschafts(groß)gruppe mit den Visionen der Staatspartei zum Ausdruck gebracht werden. Magdalena Heider und Kerstin Thöns öffnen eine Tür zum (nominellen) Führungsorgan des Kulturbundes, seinem 60-köpfigen Präsidialrat. Drei etwa gleich umfangreiche stenographische Niederschriften aus den Jahren 1953 und 1957 geben Einblick in »Meinungsbildungsprozesse« und individuelle »Befindlichkeiten« der Akteure (u. a. A. Abusch, J. R. Becher, K. Gysi, K. Hager, R. Havemann, E. Niekisch, P. Wandel, A. Zweig) während der markanten Legitimationskrisen der fünfziger Jahre. Biographische Angaben zu den vielfach unbekanntem Diskutanten und knappe, kompetente Anmerkungen erleichtern die Lektüre. Der emanzipatorische Duktus (»Opfer und TäterInnen« etc.) wird sich sicherlich durchsetzen; zumindest auf den Rezensenten wirkt er störend.

Unter dem Eindruck der Massenerhebung des »17. Juni« stand die Präsidialratssitzung am 3. 7. 1953, deren (kultur)politisches Umfeld M. Heider einleitend beschreibt. Strenge Parteilichkeit, »Selbstkritik«, Bereitschaft zur Korrektur in gesellschaftlichen Teilbereichen (Rechtsprechung, Informationspolitik, gesamtdeutsche Fragen), aber auch Scharfsicht und Spott gegenüber dem geistzersetzenden Mechanismus einer entweder auf euphorischen Jubel oder ungezügeltten Haß justierten Propagandamaschinerie prägten die lebhafteste Debatte. Bisweilen verdichten sich alle diese Elemente in einer Person – ein Umstand, der eine angemessene (ideologische) Standortbestimmung der Betroffenen nicht erleichtert.

Gestritten wurde u. a. um die Kennzeichnung des Aufstands, dessen »faschistische[s] Element« (S. 46 f.) bis zum Untergang der »Republik« seinen Platz im Fundus der DDR-Historiographie behauptete. Die Kritikbereitschaft und die unvermutete Klarsichtigkeit, der Witz und die Ironie einzelner Debattenbeiträge lassen eines beinahe übersehen: Nicht in der allgemeinen geistigen Befreiung von einem sich »fortschrittlich« gerierenden Totenkult lag die zu ziehende Konsequenz aller Mitglieder des Kulturbundes, sondern in der Beantwortung der Frage: »Wie können wir die gesamte Intelligenz unserer DDR einspannen, daß sie tatsächlich hinter unserer Regierung steht, daß sie auf den neuen Kurs nicht mit dem Zeigefinger weist.« (S. 45)

Die weiteren Dokumente (Tagung der SED-Parteigruppe im Präsidialrat am 9. 9. 1957; Präsidialratssitzung am 13. 9. 1957) kommentiert Kerstin Thöns im Kontext sowjetischer Entstalinisierungspolitik. Ungeachtet der kurzfristigen Irritationen bestand die Zielvorgabe der SED fort, die Umformung der Menschen und ihrer Lebensbereiche administrativ durchzusetzen. Der Kulturbund, wie alle anderen Massenorganisationen auch, war ab 1956/57 angewiesen, dieser Ausrichtung auf eine »grundlegende sozialistische Orientierung« programmatisch und praktisch zu entsprechen. Gleichzeitig mußten die Folgen der Moskauer Kurskorrektur eingedämmt und abgeschnürt werden. Exemplarisch geschah dies in den Prozessen gegen reformkommunistisch orientierte SED-Intellektuelle (W. Harich, W. Janka, G. Just, H. Zöger u. a.).

Beides bildete den Hintergrund und die thematischen Schwerpunkte der Sitzungen am 9. und 13. September 1957. Die in verschiedenen Redebeiträgen (u. a. K. Gysi, K. Hager und E. Wendt) wiedergegebenen Prozeßdetails stellen eine beachtenswerte – selbstverständlich »parteiliche« – Ergänzung der Literatur zum Umfeld der Verfahren gegen Harich und Janka dar. Havemanns Versuch, beider »Verrat« abzuschwächen, läßt die spätere Bruchstelle zwischen ihm und der Parteimacht schon erahnen, selbst wenn er hier noch explizit für die Verwirklichung der »führenden Rolle« der SED im Kulturbund eintritt.

(S. 86) Defizite auf dem Weg dorthin ergaben sich aus einer stagnierenden Mitgliederzahl und den Mängeln kommunistischer Leitungsarbeit in den Grundeinheiten: »Die Genossen Intellektuellen im Kulturbund vertraten nicht geschlossen die Position der Partei gegenüber den schwankenden Intellektuellen.« (S. 74) Auch der in den sog. »Klubs der Intelligenz« oft anzutreffende ideologische Neutralismus mußte die vorwärtsgewandten Kader beunruhigen.

Um den schließlichen Erfolg war man (aus der Rückschau mit Recht) dennoch nicht besorgt, »denn es ist mit der Intelligenz [. . .] ähnlich wie bei Gott. Wie Gott steht sie meist bei den stärkeren Bataillonen. Und wir müssen ihnen die Überzeugung beibringen, daß wir die stärkeren Bataillone sind.« (S. 86) Diese »Erziehung« verlief für die SED im wesentlichen erfolgreich – welche Motive der Umworbenen auch im einzelnen dazu beitrugen. Aber die Lebendigkeit des Vergangenen wird nicht zuletzt belegt durch den 1990 heftig einsetzenden ideologiebefrachteten Streit um »Mitschuld« und »Mitverantwortung« lebender wie verstorbener DDR-Künstler und Intellektueller.

*Andreas Voigt, Elmshorn*

Ludolf Herbst/Constantin Goschler (Hrsg.), Die Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, Oldenbourg Verlag, München 1989, 428 S., brosch., 58 DM.

Die Problematik der bundesrepublikanischen Wiedergutmachungspolitik wird in den 21 Aufsätzen des vorliegenden Sammelbandes aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Den rechtlichen Aspekten von »Rückerstattung« und »Entschädigung« lassen sich die Beiträge des ersten Teils des Bandes zuordnen. Neben einer Überblicksdarstellung des verstorbenen Walter Schwarz (zusammen mit dem Bundesminister der Finanzen Herausgeber des umfassenden Rechtskompendiums zu Wiedergutmachungsfragen) und einem Beitrag Hans-Dieter Kreikamps zur Entwicklung in der amerikanischen Besatzungszone sind dies gleich zwei Aufsätze des Präsidenten des bayerischen Landesentschädigungsamtes Karl Heßdörfer, deren Praxisnähe die historische Ausrichtung des Bandes sinnvoll kontrastiert. Von besonderem Interesse, nicht zuletzt im Hinblick auf seine personalisierende Betrachtungsweise, ist der dem weiteren Umfeld der Dissertation des Autors zuzurechnende Aufsatz des Mitherausgebers Constantin Goschler zum »Fall Philipp Auerbach«. Dem Autor gelingt darin eine eindrucksvolle Schilderung von Aufstieg und Fall des Staatskommissars für die rassistisch, religiös und politisch Verfolgten und späteren kommissarischen Präsidenten des Landesentschädigungsamtes in Bayern. Eine enge Zusammenschau von Wiedergutmachung und Entnazifizierung prägte die Amtsführung des Juden Auerbach und damit auch die Wiedergutmachungspolitik in Bayern in den ersten Nachkriegsjahren. Die vielfältigen Gründe für das tragische Scheitern Auerbachs – eigenes Verschulden ebenso wie nach wie vor bestehende antisemitische Vorurteile und machtpolitisches Kalkül seiner Gegner – weiß Goschler auf eindrucksvoll differenzierende Weise darzustellen. Nur am Rand deutet der Autor die zwiespältige Rolle des damaligen Justizministers Josef Müller, der im Verlauf des Prozesses seinen Hut nehmen mußte, an – möglicherweise eine Anregung, die Rolle des »Ochsensepp« in der Nachkriegspolitik neu zu überdenken.

Ein weiterer Themenkreis umfaßt jenen Teilbereich der Wiedergutmachung, der die deutsch-israelisch-jüdischen Beziehungen und die Zahlungen an Israel und die Claims Conference betrifft. »Innerdeutschen« Themen widmen sich Michael Wolffsohn, der sich mit der Haltung Adenauers und der Opposition zu diesem Thema beschäftigt und dabei ein weiteres Mal seine Gegenposition zu Kai von Jena pointiert, Shlomo Shafir in seinem Beitrag »Die SPD und die Wiedergutmachung gegenüber Israel« sowie Willy Albrecht, der die Rolle des »Wegbereiters« Jakob Altmaier beim Zustandekommen des Luxemburger Ab-